

Beschlussprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Dienstag, 29. Mai 2001

Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Hansjörg Trachsel bis nach der Vereidigung des neuen Standespräsidenten, danach Standespräsident Rodolfo Plozza		
Protokollführer:	Peter Gadiant		
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder		
	entschuldigt: Cathomas, Jeker		
Stellvertretungen:	Godly Linard, Brail	für	Giacometti Robert, Lavin
	Jenny Christian, Arosa	für	Patt Sebastian, Calfreisen
	Kollegger Andy, Arosa	für	Beck Lorenz, Langwies
	Hunger Markus, Präz	für	Scharplatz Silvia, Thusis
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr		

1. Wahl des Standespräsidenten 2001/2002 und des Standesvizepräsidenten 2001/2002

Standespräsident Bei 115 abgegebenen und 110 gültigen Wahlzetteln, 110 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 56 wird Rodolfo Plozza mit 110 Stimmen als Standespräsident für das Amtsjahr 2001/2002 gewählt.

Standesvizepräsident Bei 116 abgegebenen und 104 gültigen Wahlzetteln, 104 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 53 wird Vitus Locher mit 102 Stimmen als Standesvizepräsident für das Amtsjahr 2001/2002 gewählt.

2. Antrag auf Direktbeschluss Hartmann betreffend Kantonsbeitrag an die "Alpine Wettkampfstätte von nationaler Bedeutung" in St. Moritz (Wortlaut Märzprotokoll 2001, Seite 696)

Erstunterzeichner: Hartmann
Regierungsvertreter: Regierungsrat Huber

I. Antrag Die *Präsidentenkonferenz* beantragt:

- Der am 27. März 2001 eingereichte Antrag auf Direktbeschluss betreffend Kantonsbeitrag an die 'Alpine Wettkampfstätte von nationaler Bedeutung' in St. Moritz wird erheblich erklärt.
- Zur Vorberatung des Geschäftes und zur Antragstellung an den Grossen Rat wird eine grossräthliche Kommission mit neun Mitgliedern eingesetzt.
- Die grossräthliche Kommission erstattet Bericht und stellt Antrag bis 3. September 2001 zuhanden des Grossen Rates für die Oktobersession 2001.
- Die Kommission fordert die Regierung zur Stellungnahme auf. Diese hat bis zum 6. Juli 2001 zu erfolgen.
- Für das Sekretariat der grossräthlichen Kommission kann das Departement des Innern und der Volkswirtschaft beigezogen werden.

II. Beschluss Die Anträge der Präsidentenkonferenz werden wie folgt gutgeheissen:
Ziffer 1: Mit 74 zu 16 Stimmen
Ziffer 2: Mit 80 zu 0 Stimmen
Ziffer 3: Mit 80 zu 0 Stimmen

Ziffer 4: Mit 83 zu 0 Stimmen
Ziffer 5 wird zur Kenntnis genommen.

3. Landesbericht 2000

Sprecher GPK: Pfenninger
Regierungsvertreter: Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf, Regierungsräte Lardi, Engler, Huber, Aliesch

I. Eintreten Namens der GPK beantragt Pfenninger, auf den Landesbericht 2000 einzutreten.
Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

II. Detailberatung

GPK und Regierung beantragen:

1. den Landesbericht 2000 zu genehmigen;
2. von unter Ziff. 1 im Anhang des GPK-Berichts aufgeführten, vom Grossen Rat abgeschriebenen Motionen und den unter Ziff. 2 aufgeführten, unerledigten Motionen Kenntnis zu nehmen;
3. die gemäss Ziff. 3 des Berichtsanhanges erfüllten Postulate abzuschreiben;
4. von den gemäss Ziff. 4 des Berichtsanhanges vom Grossen Rat erledigten Postulaten und von den unter Ziff. 5 aufgeführten, noch unerledigten Postulaten Kenntnis zu nehmen.

(Der Landesbericht wird bis und mit Seite 42, Departement des Innern und der Volkswirtschaft, behandelt.)

Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

P O S T U L A T

betreffend Neueinreihung der Gesundheitsberufe in der Lohnskala

Die Personalproblematik im Gesundheitswesen ist kantonal wie auch interkantonal Besorgnis erregend. 2000 – 2500 fehlende Stellen gesamtschweizerisch, ca. 70 fehlende Stellen im Kanton Graubünden, bestätigen den laufend zunehmenden Personalmangel in Spitälern und Heimen.

Die Gründe des massiven Personalmangels sind vielfältig. Einerseits ist es die sinkende Attraktivität des Berufsstandes wie z. B. Nacht- und Sonntagsarbeit, unregelmässige Dienste, schwindendes Berufsimago und Überlastung, andererseits sind die Anstellungsbedingungen immer unattraktiver und die Löhne stehen sowohl im ostschweizerischen wie auch im gesamtschweizerischen Vergleich an letzter Stelle. Die Folge des schlechten Lohnniveaus sind die Abwanderung und die Abwerbung von gut qualifiziertem Personal in die Nachbarkantone oder der totale Ausstieg aus dem Pflegeberuf. Daraus resultiert die heutige Personalsituation, welche unverantwortbar geworden ist. Bedingt durch die Personalknappheit findet eine Bettenreduktion in gewissen Spitälern statt; zeitweilig müssen Abteilungen teilweise oder ganz geschlossen werden. Das Defizit der Spitäler steigt somit massiv an und die situationsbedingten ausserkantonalen Verlegungen belasten Kanton und Krankenkassen zusätzlich. Jetzt ist dringendst Handlungsbedarf angesagt, denn die momentane Situation ist schlicht gesagt unverantwortbar.

Deshalb laden die Postulantinnen und Postulanten die Regierung ein:

- die Löhne für die Gesundheitsberufe zu überprüfen und eine Neueinreihung derselben vorzunehmen, damit der Kanton Graubünden im Vergleich mit den umliegenden Kantonen wieder konkurrenzfähig wird.
- Als Sofortmassnahme eine Marktzulage zwischen Fr. 300.- – Fr. 500.- pro Monat zu gewähren.

Bucher, Noi, Pfiffner, Arquint, Augustin, Battaglia, Casanova (Vignogn), Christoffel, Giuliani, Gross, Jäger, Joos, Koch, Locher, Looser, Luzio, Märchy, Meyer, Pfenninger, Portner Schmutz, Schütz, Trepp, Zindel

INTERPELLATION

betreffend Pflegeplatznotstand für betagte Menschen

Zurzeit werden die Altersheime von dringlichen und dringendsten Anmeldungen von verzweifelten Angehörigen und Sozialdiensten überschwemmt. Betagte Menschen bleiben in den Spitälern sitzen oder werden umhergeschoben, weil sie nicht mehr im Rahmen der Spitexorganisation betreut werden können und die Krankenkassen die Aufenthaltskosten in den Spitälern nicht mehr bezahlen wollen. Platzierungen weit weg vom Wohnort der Angehörigen sind deshalb hin und wieder erforderlich. Der persönliche Kontakt zu den Angehörigen wird erschwert.

Die übervollen Häuser und langen Wartelisten sind ein Zeichen, dass unsere Gesellschaft bei der Bewältigung der Alterspolitik überfordert ist. Zurzeit ist bis zu einem Eintritt ins Pflegeheim eine Wartezeit von 6 bis 12 Monaten keine Seltenheit. Eine Situation, die nicht zu befriedigen vermag und den betagten Menschen nicht gerecht wird.

Im September 1996 wurde das Projekt "Alt werden in Graubünden" vorgestellt. Die Selbstbestimmung der betagten Menschen wurde dabei in den Vordergrund gestellt. Auf Grund der heutigen Situation können sie diese Selbstbestimmung, auch wo dies noch möglich wäre, nicht wahrnehmen. Die verschiedenen Wohnformen, die im Bericht erwähnt wurden (z.B. die einer Pflegefamilie), sind noch nicht umgesetzt worden. Unseres Erachtens besteht Handlungsbedarf.

In diesem Zusammenhang stellen sich die folgenden Fragen:

1. Ist der Regierung dieser Notstand bekannt?
2. Wie kann die Situation für unsere Betagten in nützlicher Frist verbessert werden?
3. Welche Vorkehrungen für die Zukunft gedenkt die Regierung zu treffen?
4. Wie gedenkt die Regierung die nötigen Leitlinien zu setzen?

Schütz, Pfiffner, Noi, Arquint, Bucher, Cahannes, Capaul, Cavegn, Cavigelli, Dermont, Frigg, Giuliani, Jäger, Koch, Locher, Loepfe, Luzio, Maissen, Meyer, Righetti, Sax, Schmutz, Schütz, Trepp, Zanolari, Zindel

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Rodolfo Plozza

Der Protokollführer: Peter Gadiant